

Die Migrantenkrise als Mittel für ein Mehr an Globalisierung und Zentralisierung

07.02.2016, aikos2309

Auch wenn es viele nach wie vor nicht gerne hören möchten, muss uns allen bewusst sein, dass die aktuelle Migrationskrise von Anfang an gewollt und seit vielen Jahren (vgl. hierzu den UN-Bericht zur Migration aus dem Jahr 2001) geplant war.



Die gezielte Zerstörung der Lebensgrundlage von Millionen (z.B. die Überschwemmung der Agrarmärkte in Afrika mit billigsten Gütern aus dem Westen, so dass die einheimische Landwirtschaft zerstört wurde) und die im Mittleren/Nahen Osten bzw. Nordafrika durch den Westen initiierten Kriege, sowie die Aufforderung, dass Europa Millionen von westlichen Opfern aufnehmen soll, bilden die Grundlage des heutigen Chaos, das die Internationalisten/Globalisten/Eliten (IGE) befeuern, um ihr Ziel des Mehr an Globalismus und des Mehr an Zentralisierung zu erreichen.

Afrika, der Mittlere Osten und Europa liegen im Fadenkreuz der IGE, von Institutionen wie dem Council on Foreign Relations (CFR), der eine globale Eine-Welt-Regierung propagiert, und anderen von der IGE gesponserten Gruppen. Unter anderem benutzen sie die von ihnen ausgelöste Migrationskrise, um die noch vorhandenen Reste von Souveränität sowohl in den Ländern aus denen die Menschen flüchten als auch in den Ländern, die diese aufnehmen, zu untergraben.

Gleichzeitig verfolgen sie eine Stärkung der supranationalen Einrichtungen wie beispielsweise die der UN mit ihrer Agenda 2030 oder die der EU (Die Agenda 2030 – Blaupause für eine politische Weltregierung). Und selbst eine von den IGE unterstützte Middle East Union wird neuerdings diskutiert (Das neue Rom: Freimaurerische "Mittelmeer-Union" beflügelt durch Flüchtlingskrise (Videos)). Genauso wie ein neuer „Marshall Plan“ oder eine paramilitärische EU-Einheit mit bisher beispiellosen Machtbefugnissen. Alles für die von den IGE so hoch gehaltene Neue Weltordnung.

Seitdem sich die Situation der Migranten insbesondere in Deutschland verschärft, nehmen auch die Spannungen innerhalb der Bevölkerung zu. Immer mehr Menschen lassen sich in klassischer Divide et Impera-Manier dazu benutzen andere Opfer (Migranten) anzugehen. Und selbst die auslösenden IGE verhehlen nicht mehr diese Spannungen.

Die New York Times schreibt davon, dass Deutschland am Rand einer Krise steht, obwohl es genau die NYT war, die die Kriege der IGE unterstützte, die wiederum ein wichtiger Auslöser der heutigen Migrationskrise waren.

Einer der wichtigsten IGE ist zweifelsohne George Soros, Milliardär und Ziehsohn der Rothschild-Dynastie, der eine entscheidende Rolle durch seine verschiedensten Foundations spielt. Auch Soros stimmt in die „Warnrufe“ ein, wenn er davon spricht, dass die EU „on the verge of collapse (am Rande des Zusammenbruchs)“ steht, weil über eine Millionen Menschen im letzten Jahr Zuflucht und Schutz in Europa suchten. Und kaum zufällig hat er auch ein paar „Lösungen“ für die jetzige Lage parat: ein Mehr an Globalisierung für Europa, Afrika und den Mittleren Osten und ein Weniger an Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung.

Soros sprach sich in einem Interview mit Bloomberg auf dem World Economic Forum in Davos zudem für einen neuen Marshall Plan für die von Krieg und Chaos betroffenen Regionen aus. Finanziert durch Europa, unterstützt von einer Vielzahl weiterer IGE. Soros sprang mit seiner Forderung dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble bei, der einen ähnlich lautenden Vorschlag machte, in dem man finanzielle Mittel (d.h. Steuergelder) in die Länder umleitet, die der Westen bombardiert, ausgeplündert und zerstört hat. Dabei sollten wir aber im Hinterkopf behalten, dass der Marshall Plan nach dem Zweiten Weltkrieg weit tiefer ging als nur finanzielle Hilfe zu leisten.

Schäuble äusserte sich in einer Diskussion ebenfalls auf dem Davoser-Treffen, dass Europa Milliarden in diese Regionen investieren muss, um den Druck auf die Aussengrenzen der EU zu verringern. Die Finanzierung hat Schäuble dabei ebenfalls „durchdacht“: mit Hilfe einer globalen Besteuerung, was wiederum Ausdruck von Mehr Globalisierung und Mehr Zentralisierung ist.

Wie soll also ein solcher neuer Marshall Plan aussehen? Vielleicht hilft uns ein Blick zurück – ein Blick zurück auf den eigentlichen Marshall Plan. Damals wurde durch das European Recovery Programm (ERP), so der offizielle Name des Marshall Plans, (umgerechnet auf heutige Preise) eine Summe von 150 Milliarden US-Dollar durch die US-Steuerzahler aufgebracht und an westliche europäische Regierungen vergeben.

Der vorgebliche Sinn dahinter war, dass Europa nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges wieder auf die Beine kommt. Tatsächlich diene dieses Geld vor allem als Werkzeug zur Transformation Europas in eine Vasallenregion, die von den USA und den supranationalen Einrichtungen dominiert wird, und letztlich zur Unterwerfung der Europäer unter das Diktat eines EU-Superstaats.

Schon 1947 knüpfte der damalige US-Aussenminister, Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) und Verbündete von Mao und Stalin, die Vorbedingung einer zukünftigen „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ an die Gelder des ERP:

It is already evident that, before the United States Government can proceed much further in its efforts to alleviate the situation and help start the European world on its way to recovery, there must be some agreement among the countries of Europe as to the requirements of the situation and the part those countries themselves will take in order to give proper effect to whatever action might be undertaken by this Government. The initiative, I think, must come from Europe. The role of this country should consist of friendly aid in the drafting of a European program and of later support of such a program so far as it may be practical for us to do so. The program should be a joint one, agreed to by a number, if not all European nations.

(Schon jetzt ist klar, dass, bevor die Regierung der Vereinigten Staaten viel weiter in ihren Bemühungen gehen können, die Situation zu lindern und damit beginnt zu helfen, dass sich die europäische Welt erholen kann, dass es eine Vereinbarung zwischen den Ländern Europas geben muss, wie auch Anforderungen aufgrund dieser Situation und was diese Länder selbst einbringen wollen, um die richtige Wirkung zu erzielen, was die unternommenen Massnahmen dieser Regierung betrifft. Die Initiative, glaube ich, muss von Europa ausgehen. Die Rolle dieses Land sollte die freundliche Hilfe bei der Ausarbeitung eines europäischen Programms und die spätere Unterstützung eines solchen Programms, so weit wie es sinnvoll für uns sein kann, sein. Das Programm sollte eine gemeinsames sein, vereinbart durch viele, wenn nicht alle europäischen Nationen.)

Die Antwort der europäischen Länder durch den damaligen britischen Aussenminister Ernest Bevin: „Der Ausschuss umriss die Bemühungen der Länder Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden Grossbritannien und anderen eine Zollunion zu schaffen, die letztlich zu einer noch stärkeren Zusammenarbeit führen wird.“ Die Reaktion Washingtons kann man sich vorstellen.

Ursprünglich sollte aufgrund der „Rückmeldung aus Europa“ nach Bestreben des Republikaners Walter Judd sogar der Passus in den Original-Marshall Plan aufgenommen werden, dass es die Politik der USA ist, die wirtschaftliche Einheit und die politische Vereinigung von Europa zu fördern. Stattdessen wurde die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in das Papier aufgenommen. Ein Jahr später wurde ein erneuter Versuch gestartet die „politische Vereinigung von Europa“ als Zusatz einzubringen, was letztlich zur Aufnahme eines Satzes führte:

It is further declared to be the policy of the people of the United States to encourage the unification of Europe.

(Es wird ferner erklärt, dass es die Politik der Menschen in den Vereinigten Staaten sei, die Einigung Europas zu fördern.)

1951 war es dann soweit als der Kongress mit dem Mutual Security Act beschloss:

to further encourage the economic unification and the political federation of Europe.

(die wirtschaftliche Einheit und die politische Vereinigung von Europa weiter zu fördern.)

Wir sehen also, dass schon vor über 60 Jahren Bestrebungen vorhanden waren eine europäische Vereinigung nach Gusto der USA zu erzielen – auch wenn es bis heute von vielen Offiziellen verneint wird. Beispielsweise sprach der damalige Unterstaatssekretär und das CFR-Mitglied George Ball am 20. September 1966 zur Ansicht des Aussenministeriums bzgl. einer „Atlantic Community (Atlantischen Gemeinschaft)“, vor dem Kongress über einen Zusammenschluss von Europa und den USA:

I find little evidence of any strong interest among Europeans for any immediate move toward greater political unity with the United States. They fear the overwhelming weight of U.S. power and influence in our common councils.... We believe that so long as Europe remains merely a continent of medium- and small-sized states there are definite limits to the degree of political unity we can achieve across the ocean.

(Ich finde wenig Hinweise auf ein starkes Interesse der Europäer für irgendeinen unmittelbaren Schritt in Richtung einer grösseren politischen Einheit mit den Vereinigten Staaten. Sie fürchten das überwältigende Gewicht der US-Macht und des US-Einflusses in unserer gemeinsamen Räten.... Wir glauben, dass, solange Europa lediglich ein Kontinent aus mittleren- und kleinen Staaten bleibt, es bestimmte Grenzen für den Grad der politischen Einheit gibt, die wir jenseits des Meeres erreichen können.)

Sicherlich kein Zufall ist die Tatsache, dass die „Macher“ hinter dem neuen

Marshall Plan genau die selben IGE sind, die ganz offen für die Einführung einer Middle East Union in den letzten Jahren eintraten. Ganz im Sinne der globalistischen Rhetorik lesen wir dann in der Financial Times einen Artikel eines Senior Fellows for Middle Eastern Studies am CFR namens Mohamed Husain:

Just as a warring continent found peace through unity by creating what became the EU, Arabs, Turks, Kurds and other groups in the region could find relative peace in ever closer union. After all, most of its problems – terrorism, poverty, unemployment, sectarianism, refugee crises, water shortages – require regional answers. No country can solve its problems on its own.

(So wie ein Kriegskontinent Frieden durch die Schaffung der EU fand, können Araber, Türken, Kurden und andere Gruppen in der Region relativen Frieden in einer immer engeren Union finden. Immerhin benötigen die meisten ihrer Probleme – Terrorismus, Armut, Arbeitslosigkeit, Sektierertum, Flüchtlingskrise, Wasserknappheit – regionale Antworten. Kein Land kann seine Probleme alleine lösen.)

Als wäre der Westen unschuldig an diesen Problemen, die Husain in seinem Aufsatz, der Mitte 2014 auch auf der Website des CFR zu finden war, erwähnt.

Doch Husain ist nicht allein in seinem Vergleich Mittlerer Osten mit Europa vor Schaffung der EU. Es scheint fast ein Modetrend geworden zu sein. Unter anderem schreibt Richard Haass, Vorsitzender des CFR und ehemaliger führender Angestellter des US-Außenministeriums, von einer Middle East Union – ohne natürlich auf die Rolle gerade des CFR einzugehen, die dieser Think Tank in den letzten Jahrzehnten in dieser Region gespielt hat.

In klassischer Hegelscher Dialektik schildert er das selbstgeschaffene Problem (Chaos und Krieg im Mittleren Osten), die daraus entstandenen Reaktionen der Menschen, um dann die gewollte „Lösung“ (Middle East Union) aufzuzeigen:

The 2003 Iraq war was highly consequential, for it exacerbated Sunni-Shia tensions in one of the region's most important countries and, as a result, in many of the region's other divided societies. Regime change in Libya has created a failing state; lukewarm support for regime change in Syria has set the stage for prolonged civil war.

(Der Irak-Krieg 2003 hatte viele Folgen, aufgrund der Verschärfung der sunnitischen-schiitischen Spannungen in einer Region in einem der wichtigsten Länder und als Folge in vielen der anderen geteilten Gesellschaften in der Region. Der Regimewechsel in Libyen, durch Obama, die Vereinten Nationen, der NATO und den CFR-Apparatschiks, führte zu einem Staat im

Chaos; eine halbseidige Unterstützung für den, vom CFR und Soros unterstützten, Regimewechsel in Syrien hat die Bühne für einen längeren Bürgerkrieg bereitet.)

Weiter schreibt Haass davon, dass sich das Blutvergiessen und der Terror solange fortsetzen werden bis „a new local order emerges or exhaustion sets in (eine neue lokale Ordnung entsteht oder Erschöpfung einsetzt)“, Wieder einmal das gleiche Spiel: die Kabale um den CFR setzt die Region in Brand, behauptet nun den Feuerlöscher zu haben um den selbst gelegten Brand löschen zu können und „warnt“ vor einem Inferno solange die Forderungen der IGE nicht erfüllt werden, die da lauten: eine neue regionale „Ordnung“.

Wer jetzt glaubt, dass Russland dem Ganzen einen Riegel vorschieben wird, täuscht sich. Auch der Kreml, der übrigens parallel seine eigene „Eurasische Union“ aufbaut, spricht sich – zusammen mit der EU – für eine engere Zusammenarbeit der Länder in der Region aus – nichts anderes wie die Vorstufe für eine Ausweitung der Globalisierung und der Zentralisierung.

Vielleicht hilft ein Blick zurück ins Jahr 2012 als es noch keine Spannungen zwischen Russland und der EU gab. Ende 2012 sagte der von den Bilderbergern ausgewählte, damalige EU-Präsident Herman van Rompuy auf einem Treffen von russischen und EU-Politikern folgendes:

By working together, the EU and Russia can make a decisive contribution to global governance and regional conflict resolution, to global economic governance in the G8 and G20, and to a broad range of international and regional issues.

(Durch die Zusammenarbeit können die EU und Russland einen entscheidenden Beitrag zur globalen Regierungsführung und regionalen Konfliktlösung leisten, zur globalen Wirtschaftsführung innerhalb der G8 und G20, und bzgl. einer breiten Auswahl an internationalen und regionalen Fragen.)

Und auch russische Politiker haben sich für eine Integration (einschliesslich einer politischen) zwischen der EU und Russland ausgesprochen.

Natürlich darf Afrika nicht aussen vor bleiben, was das Thema Zentralisierung betrifft. Die African Union ist nichts anderes als die Umsetzung der gleichen Strategie der Globalisierung und Zentralisierung. Angeschoben von den USA und der EU in Zusammenarbeit mit China (!), orchestriert von der UN. Wir sehen, überall auf der Welt wird die gleiche Agenda von den gleichen Leuten verfolgt.

Und das Ziel dürfte jedem mit verbliebenen Resthirn klar sein: Die Schaf-

fung regionaler Blöcke/Unionen als Grundpfeiler dessen, was die IGE der Welt, die Soros', Bushes, Clintons, Bidens und Co. so gerne in der Öffentlichkeit als ihre Neue Weltordnung bezeichnen. So beschreibt der Kriegsverbrecher, ehemalige US-Aussenminister und Chef-IGE in seinem neuen Buch World Order den dahinterliegenden Plan:

The contemporary quest for world order will require a coherent strategy to establish a concept of order within the various regions and to relate these regional orders to one another.

(Das moderne Streben nach einer Weltordnung [Weltregierung, es wird eine kohärente Strategie erfordern, um ein Konzept der Ordnung [Landesregierungen, in den verschiedenen Regionen zu schaffen und um diese regionalen Ordnungen [Regierungen, zueinander in Beziehung zu setzen.]

Klarer kann man nicht beschreiben, was das Ziel der IGE ist als mit diesen Worten Kissingers.

Und in dieses Ziel passt die jetzt von den IGE ausgelöste Migrationskrise hinein. Denn die Forderung nach neuen EU-Institutionen, um die „Migrationsversuche“ der einzelnen Länder zu bündeln, die Forderungen nach Militäreinheiten, die die „Aussengrenzen Europas vor den Migranten beschützen sollen“ sind wiederum ein Mehr an Globalisierung und Zentralisierung. Es dreht sich letztlich immer um das Gleiche – man muss es nur sehen wollen. Sollte es wirklich zur Gründung von diesen oben erwähnten Militäreinheiten kommen, ist davon auszugehen, dass diese Kräfte auch innerhalb Europas eingesetzt werden – auch ohne Genehmigung der nationalen Behörden, wenn es zu Protesten gegen all diese Vorhaben kommt.

Wie umschrieb Peter Sutherland, ehemaliger Goldman Sachs-Mitarbeiter, der derzeit als UN-Sonderbeauftragter für internationale Migration „dient“, es so schön? Nationale Souveränität ist eine „absolute Illusion“, die wir im Interesse einer Lösung der Migrationskrise „hinter uns lassen müssen“, um eine „bessere Welt“ erschaffen zu können.

Wäre Humanität wirklich die Triebfeder und Motivation hinter all dem hier geschilderten, warum wird dann den Opfern von Krieg und den Flüchtlingen nicht vor Ort geholfen? Vor Ort, aber anders als in den Vorstellungen eines Schäubles, der damit eine andere Agenda verfolgt.

Für das gleiche Geld, das wir in Europa für die Migranten ausgeben, kann der 25- bis 50-fachen Anzahl an Menschen in Jordanien und im Libanon geholfen werden. Die Kriege, die diese Länder zerstört haben aus denen jetzt die Menschen fliehen, wären nie geführt worden, wenn es den IGE wirklich um „Humanität“ gegangen wäre. Stattdessen verfolgen sie rücksichtslos ihre Agenda der Globalisierung und Zentralisierung und die IGE

machen keinen Hehl mehr daraus.

There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning. – Warren Buffett

(Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen. – Warren Buffett)